

# Staat scannt Verhalten

## Bundesregierung will Befugnisse von BKA und Bundespolizei ausweiten - auch KI-Videoüberwachung vorgesehen

Von David Siegmund-Schultze

Ob Terrorismus, organisierte Kriminalität oder die »russische Gefahr«. Die rhetorischen Hebel, um die Ausweitung der Befugnisse staatlicher Repressionsorgane mit immer neuen »Sicherheitsgesetzen« zu rechtfertigen, sind zahlreich. Und so wird eine »Reform« nach der anderen auf den Weg gebracht. Am Mittwoch haben sich Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) bei der Kabinettsitzung laut *dpa* darauf verständigt, dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundespolizei zusätzliche Ermittlungsbefugnisse im digitalen Raum zu geben. Drei Gesetzentwürfe werden hierfür vorgelegt.

Für die »komplexen Ermittlungen« etwa im Bereich des Terrorismus sei eine »automatisierte Datenanalyse als Ermittlungsinstrument notwendig«, heißt es in dem *dpa* vorliegenden »Entwurf des Gesetzes zur Stärkung digitaler Ermittlungsbefugnisse in der Polizeiarbeit«. Das heißt: Die Bundesrepublik will auf den Zug von Staaten wie der USA mit ihrem ausgedehnten Einsatz von Palantir-Software aufspringen und verstärkt auf sogenannte künstliche Intelligenz (KI) setzen. »Mit automatisierter Datenanalyse können BKA und Bundespolizei große Datenmengen durchforsten, Muster erkennen und versteckte Verbindungen sichtbar machen«, bewarb Dobrindt seinen Vorstoß.

Die Gesetzentwürfe sollen etwa die KI-gestützte Videoüberwachung an »Kriminalitätsschwerpunkten« zur nachträglichen Identifikation mutmaßlicher Täter oder den automatisierten Abgleich biometrischer Daten aus einem Strafverfahren mit im Internet öffentlich zugänglichen Daten ermöglichen. Außerdem soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) künftig die biometrischen Daten von Asylsuchenden mit Daten aus dem Internet abgleichen können, wenn jemand keine gültigen Papiere hat. Falls nötig, soll das BAMF auch Behörden anderer EU-Staaten hierfür einspannen dürfen.

Clara Bünger, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, teilte am Donnerstag mit, sie befürchte, dass Dobrindt »die schwerwiegendsten Eingriffe zuerst an Schutzsuchenden« teste, um sie später »schrittweise auf alle auszuweiten«.

Dass das Versprechen von mehr Sicherheit durch die Ausweitung polizeilicher Befugnisse, staatlicher Überwachung und den Einsatz von KI in der Öffentlichkeit immer mehr verfängt, hat sich in den vergangenen Jahren auch auf Länderebene gezeigt. Denn die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Dauerüberwachung im öffentlichen Raum mit KI wird bereits seit 2018 in Mannheim und seit 2023 in Hamburg getestet. In Bremer Straßenbahnen soll es Ende des Jahres so weit sein. Und während sich im baden-württembergischen Wahlkampf sowohl der Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen und Wahlsieger, Cem Özdemir, als auch Manuel Hagel (CDU) laut dem Portal *netzpolitik.org* für eine »Entgrenzung der Videoüberwachung« mit